

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

8/2012

**Tempobereinigung von Fertilitätskennzahlen
in kommunalen Statistiken –
dargestellt am Beispiel von Stuttgart**

**Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Eckdaten in
Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren
Regionen 1996 bis 2008**

Strukturdatenatlas Wahlen 2012 jetzt live im Internet

Übergreifende Analyse mit den Daten der Stuttgarter
Lebensstilbefragung erschienen

Ausblick Oberbürgermeisterwahl 2012:
So viele Wahlberechtigte wie zuletzt 1966



Aktuelle Grafik:	
Strukturdatenatlas Wahlen 2012 jetzt live im Internet	271
<hr/>	
Kurzinformationen:	
Faltblatt: „Stuttgart in Zahlen“ neu aufgelegt	272
Faltblatt: „Stuttgarter Einwohnerdaten“ im Internet	272
<hr/>	
Kurzberichte:	
Übergreifende Analyse mit den Daten der Stuttgarter Lebensstilbefragung erschienen	273
Ausblick Oberbürgermeisterwahl 2012: So viele Wahlberechtigte wie zuletzt 1966	275
<hr/>	
Hauptbeiträge:	
Tempobereinigung von Fertilitätskennzahlen in kommunalen Statistiken – dargestellt am Beispiel von Stuttgart	276
Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Eckdaten in Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren Regionen 1996 bis 2008	283
<hr/>	
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite
<hr/>	

Impressum:

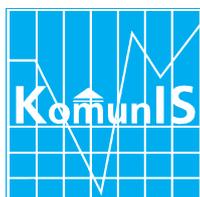
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 8/2012

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 0711 216-98587, Telefax 0711 216-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Strukturdatenatlas Wahlen 2012 jetzt live im Internet

Michael Haußmann

Rechtzeitig vor der „heißen Phase“ der Oberbürgermeisterwahl hat das Statistische Amt einen interaktiven Atlas mit einer reichen Auswahl an Daten und Informationen zu den Themen Wahlen, Demografie und Sozialstruktur in Stuttgart freigeschaltet.

In diesem Strukturdatenatlas kann man auf der Ebene der 349 Stuttgarter Wahlbezirke erforschen, wie die Ergebnisse der vergangenen Wahlen in be-

stimmten Nachbarschaften ausgefallen sind und wie diese mit der soziodemografischen Struktur des Gebiets zusammenhängen. Dargestellt wird dies in Form von über 50 thematischen Karten, deren „Look&Feel“ man im Legendeneditor beeinflussen kann. Zusätzlich stehen für fast alle Bezirke Streetview-Ansichten bereit, mit denen man am PC oder auf einem mobilen Device einen virtuellen Spaziergang durch den Wahlbezirk unternehmen kann.

Um möglichst viele Nutzer erreichen zu können, werden vom Atlas zwei Versionen angeboten: Zum einen eine Flash-Edition, zum anderen insbesondere für Apple iOS-Benutzer eine HTML5-Edition. Der „Strukturdatenatlas Wahlen 2012“ steht allen Interessierten unter www.stuttgart.de/wahlen kostenfrei zur Verfügung und ist damit ein weiterer Beitrag des Statistischen Amts zum Thema „Open-Data“.



----- Kurzinformation -----

Faltblatt: „Stuttgart in Zahlen“ neu aufgelegt

Thomas Schwarz

In der Faltblattserie des Statistischen Amtes nimmt die Broschüre „Stuttgart in Zahlen“ eine übergeordnete Stellung ein. Sie ist die Broschüre, die zu allen wichtigen Statistikfeldern die Eckdaten bereitstellt. Es ist daher verständlich, dass diese Broschüre beim Auskunftsdienst des Statistischen Amtes am meisten nachgefragt wird.

Die jetzt vorliegende Neuauflage basiert auf Zahlen von 2010 und 2011; viele Merkmale werden darüber hinaus im Zeitvergleich mit 2000 und 1990 präsentiert. Die Broschüre wird durch einen Großstädte- und Regionalvergleich abgerundet.

Das Faltblatt steht im Internet als Download und auch interaktiv unter www.stuttgart.de/statistik bereit.

----- Kurzinformation -----

Faltblatt: „Stuttgarter Einwohnerdaten“ im Internet

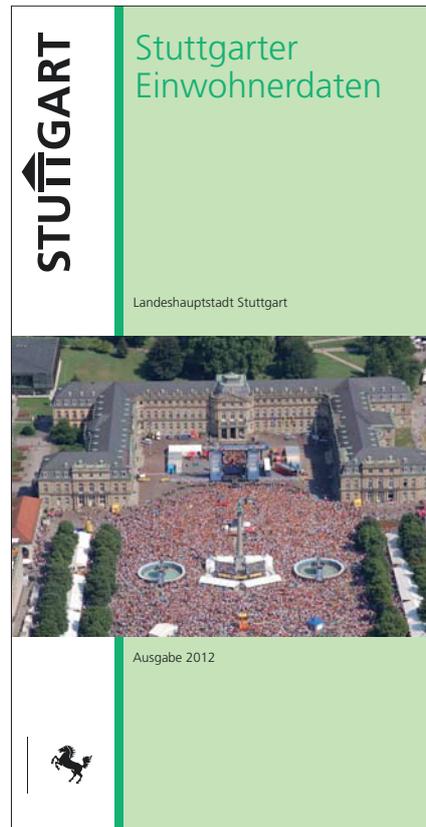
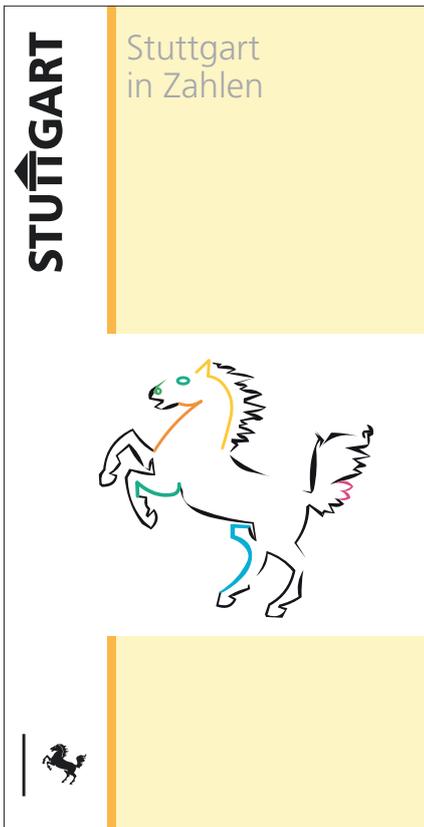
Ansgar Schmitz-Veltin

Die Zahl der Stuttgarter Einwohner ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Die mit einer großen Nachfrage nach Arbeitskräften verbundene wirtschaftliche Dynamik bescherte der Stadt zuletzt hohe Wanderungsgewinne, die zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt führen und gleichzeitig die demografische Alterung mildern.

Das aktualisierte Faltblatt „Stuttgarter Einwohnerdaten“ beinhaltet die wichtigsten Angaben zur Entwicklung und Struktur der Stuttgarter Einwohner in kompakter Form und zeigt darüber hinaus die Einordnung der Stadt in den regionalen Kontext.

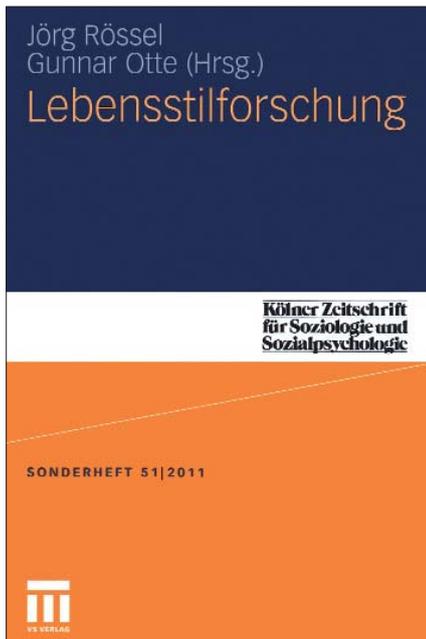
Das Faltblatt ist im Internet unter www.stuttgart.de/statistik als pdf-Dokument abrufbar.

272



Übergreifende Analyse mit den Daten der Stuttgarter Lebensstilbefragung erschienen

Inge Heilweck-Backes, Anke Schöb



Seit Mitte der 80er-Jahre bildet das Lebensstilkonzept in sozialwissenschaftlichen Analysen einen neuen Zweig in der Beschreibung der Sozialstruktur der Gesellschaft. Das bis dahin in der Sozialstrukturanalyse vorherrschende vertikale Modell zur Untersuchung von sozialen Ungleichheiten, das sogenannte Triaden-Schichtmodell „Bildung, Beruf, Einkommen“, steht in der Kritik soziale Verhaltensweisen nicht erklären zu können. Lebensstilkonzepte fanden vor allem Eingang in die Marktforschung, wo es darum geht, zielgenaue Käufer- und Konsumtypen zu beschreiben. Die Einteilung der Gesellschaft nach den Lebensstilen ihrer Individuen, dem Konsumverhalten, den Freizeitpräferenzen und Werteorientierungen also, ist nicht neu, und als prominentester Vertreter gelten hierfür die SINUS-Milieus.

Die Darstellung der SINUS-Milieus im zweidimensionalen sozialen Raum, auch als „Kartoffelgrafik“ bezeichnet, versinnbildlicht die Unterschiede und

Gemeinsamkeiten der einzelnen Gruppen von Menschen. Ein Vorteil, der auf dem Markt befindlichen zahlreichen Typologien, ist ihre Anbindung an das Alltagserleben von Menschen mit bisweilen aber auch stark überzeichneten einseitigen Benennungen wie zum Beispiel „Latte-Macchiato-Familien“, „Greyhopper“ oder „Yuppie-Yettie-Settie“.

Das Statistische Amt der Stadt Stuttgart hat sich den drängenden Fragen und der Anregung vor allem aus der Stadtentwicklungsplanung nach einer erweiterten und die Sozialstruktur ergänzenden Beschreibung der Stuttgarter Bevölkerung gestellt und 2008 eine Lebensstilbefragung durchgeführt. Eingesetzt wurde die konzeptionelle Lebensführungstypologie von Prof. Dr. Gunnar Otte (Philipps-Universität Marburg, Institut für Soziologie), die mit neun Lebensführungstypen arbeitet. Die Entscheidung für die Anbindung

an diese Typologie lässt sich durch folgende Punkte begründen:

- Theoriebasierte Typologie und effiziente empirische Einbettung
- Einfache Erhebung (Kurzversion zehn Items) und einfache Typenbildung durch Index-Rechnung
- Transparentes, exakt replizierbares Verfahren und eindeutige Vergleichbarkeit verschiedener Umfrageergebnisse
- Unabhängigkeit von clusteranalytischen Verfahren
- Verwendbarkeit im Rahmen schriftlicher Befragungen

Die Lebensführungstypologie wurde zur Erfassung subjektiver sozialer Ungleichheiten und zur Segmentierung der allgemeinen Bevölkerung ent-

Abbildung: Lebensführungstypen in Stuttgart 2008 nach Ausstattungsniveau und Modernität

Ausstattungsniveau: Konsumgüter / Kulturpraktiken	Gehoben	3 % Konservativ Gehobene	15 % Liberal Gehobene	10 % Reflexive
	Mittel	7 % Konventionalisten	26 % Aufstiegsorientierte	14 % Hedonisten
	Niedrig	7 % Traditionelle Arbeiter	14 % Heimzentrierte	4 % Unterhaltungssuchende
		Traditional/ Biografische Schließung	Teilmodern/ Biografische Konsolidierung	Modern/ Biografische Offenheit
Modernität / Biografische Perspektive				

Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Lebensstilbefragung 2008

wickelt. Die Typisierung der Stuttgarter Bevölkerung nach dieser Methode ergibt einen klaren Informationsmehrwert und zeigt im Abgleich mit sozialstrukturellen Daten auch in der räumlichen Verortung sehr plausible Ergebnisse. Thematisch wurde die Lebensführungstypologie in Bezug auf das Wahlverhalten und die Wohnwünsche der Stuttgarter Bevölkerung eingesetzt.

Die Daten der Stuttgarter Lebensstilumfrage sind ein Bestandteil der von Otte durchgeführten systematischen Untersuchung zur Erklärungskraft von Lebensstil- und klassischen Sozialstrukturkonzepten, deren Ergebnisse im neu erschienenen Sonderheft „Lebensstilforschung“ der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie nun dokumentiert sind. „Im Resümee zeichnet sich ab, dass die Lebensführungstypologie empirisch breit einsetzbar ist und beträchtliche Varianz in vielen Inhaltsbereichen bindet.“¹

Die Weiterentwicklung der Typologie lebt von der künftigen Verwendung im Rahmen von Befragungen. Als betrachtenswert gelten hierbei die Ergebnisse zur Verwendung der Typologie im Sozioökonomischen Panel (SOEP) im Rahmen einer Testerhebung sowie für eine Gesundheitsstudie „Gesundheit in Deutschland aktuell“ (GEDA 2012) am Robert Koch-Institut. Die Anwendung des Konzeptes in den regelmäßigen Bürgerumfragen wird derzeit in einigen Städten geprüft. Die im Rahmen der Stuttgarter Lebensstilbefragung entwickelte SPSS-Syntax zur Bildung der Typologie kann beim Statistischen Amt bezogen werden.

Bisher erschienene Monatsbeiträge zur Lebensstiltypologie auf Basis der Stuttgarter Lebensstilbefragung:

- Caleta, Domagoj (2009): Lebensstile und Parteiidentifikation in Stuttgart. Stuttgart: Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften.
- Schwarz, Thomas (2010): Lebensstile und Wählerverhalten in Stuttgart. Ergebnisse der Stuttgarter Lebensstilbefragung 2008. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 7/2010, S. 202-215.
- Heilweck-Backes, Inge (2011): Lebensstilspezifische Wohnwünsche der Stuttgarter Bevölkerung. Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart 2008“. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 6/2011, S. 184-222.
- Heilweck-Backes, Inge (2011): Lebensstil und Lebensqualität. Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart“. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 12/2011, S. 428-437.

1 Otte, Gunnar (2011): Die Erklärungskraft von Lebensstil- und klassischen Sozialstrukturkonzepten. In: Rössel, Jörg, Otte, Gunnar (Hrsg.): Lebensstilforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 51, 2011, S. 390ff.

Ausblick Oberbürgermeisterwahl 2012: So viele Wahlberechtigte wie zuletzt 1966

Michael Haußmann

Rund 415 000 Stuttgarter Bürger/-innen haben am 7. Oktober die Möglichkeit, eine neue Oberbürgermeisterin oder einen neuen Oberbürgermeister zu wählen. Eine höhere Zahl von Wahlberechtigten gab es in der Geschichte der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahlen nur einmal, als im Jahr 1966 rund 420 000 Stuttgarter/-innen das Wahlrecht besaßen.

Zu erklären ist der Zuwachs von über 20 000 Wahlberechtigten gegenüber der Vorgängerwahl im Jahr 2004 nicht nur durch die positive Einwohnerentwicklung¹: Rund 4000 Wahlberechtigte sind allein durch die EU-Erweiterung um Rumänien und Bulgarien hinzugekommen².

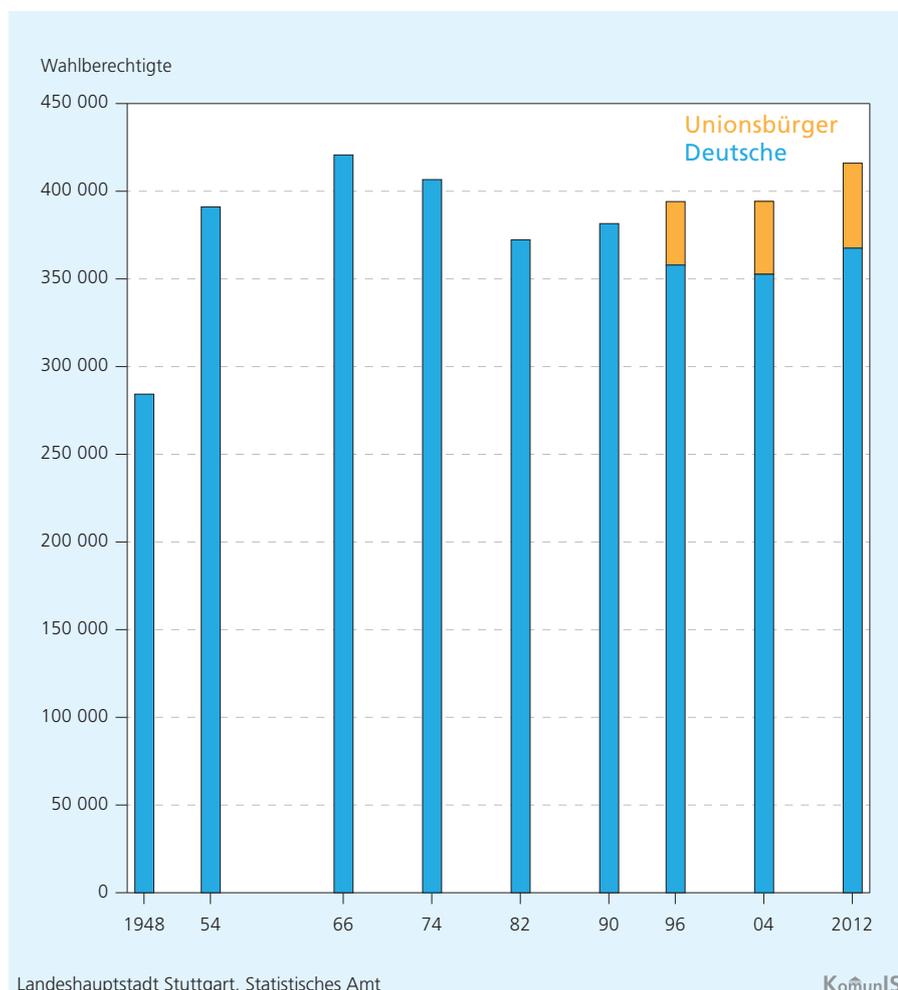
Mehr als 140 000 Stuttgarter/-innen werden erstmals die Möglichkeit haben, ihr Stimmrecht bei einer Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart auszuüben: Mehr als ein Drittel aller heute Wahlberechtigten waren im Oktober 2004 entweder noch zu jung, um wählen zu dürfen, oder noch nicht nach Stuttgart zugezogen.

Betrachtet man die Altersstruktur der Wahlberechtigten, so kann man feststellen, dass das Durchschnittsalter im Vergleich zu 2004 um ein halbes Jahr gesunken ist (49,0 Jahre/ 2012 beziehungsweise 49,5 Jahre/ 2004). Zu erklären ist dieses Phänomen durch den vermehrten Zuzug von jungen Wahlberechtigten, die zur Ausbildung, zum

Studium oder zum Berufseinstieg nach Stuttgart gekommen sind¹. Im Vergleich zu 2004 ist die Gruppe der 18- bis 30-jährigen Wahlberechtigten immerhin um 22,7 Prozent gewachsen und umfasst bei der diesjährigen Wahl 20,2 Prozent aller Wahlberechtigten (2004: 17,3 %).

Mit über 48 000 wahlberechtigten Unionsbürger/-innen stellen die Pass-Ausländer zwölf Prozent der Wahlberechtigten. Zählt man noch die rund 67 000 Deutschen mit Migrationshintergrund hinzu, kommt man auf 28 Prozent Wahlberechtigte mit ausländischen Wurzeln. Die größte Gruppe unter den Pass-Ausländern sind die Italiener, dicht gefolgt von den Griechen. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund stehen die Wahlberechtigten mit Bezug zur Türkei an der Spitze.

Abbildung: Wahlberechtigte bei den Stuttgarter Oberbürgermeisterwahlen seit 1948



Wie viele der Wahlberechtigten letztendlich von ihrem Bürgerrecht Gebrauch machen und zur Urne gehen, bleibt abzuwarten. Es ist allerdings zu hoffen, dass die lange Geschichte des Niedergangs der Wahlbeteiligung bei den (Ober-)Bürgermeisterwahlen in Deutschland endlich ein Ende findet³.

- 1 Schmitz-Veltin, Ansgar (2012): Bevölkerungsdynamik und Wanderungen in der Stadtregion Stuttgart – Von der Sub- zur Reurbanisierung? In: Statistik und Informationsmanagement Monatsheft 4/2012, S. 129-149.
- 2 Haußmann, Michael (2012): Erstmals mehr als 45 000 Unionsbürger/-innen in Stuttgart – Beitrag des Statistischen Amtes zur Europawoche vom 2. bis 14. Mai 2012. In: Statistik und Informationsmanagement Monatsheft 5/2012, S. 156-158.
- 3 Haußmann, Michael (2012): Wahlbeteiligung bei den (Ober-)Bürgermeisterwahlen in den deutschen Großstädten. In: Statistik und Informationsmanagement Monatsheft 1/2012, S. 9-12.

Ansgar Schmitz-Veltin

Tempobereinigung von Fertilitätskennzahlen in kommunalen Statistiken – dargestellt am Beispiel von Stuttgart

Seit den 1970er-Jahren werden in Deutschland weniger Kinder geboren als Menschen versterben. Der Saldo aus Geburten und Sterbefällen trägt negative Vorzeichen. Hinter dem Rückgang der Geburtenzahlen in den späten 1960er- und 1970er-Jahren stehen grundlegende gesellschaftliche Umbrüche im Rahmen der zweiten demografischen Transformation. Diese war gekennzeichnet von einer sinkenden Heiratsneigung und vermehrten Scheidungen, von Eheschließungen in einer späteren Lebensphase, vom Anstieg des mittleren Alters von Frauen bei Geburt ihres ersten Kindes, von Kinderlosigkeit und einer Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften (Lesthaeghe und van de Kaa 1986). Der Rückgang der Geburtenzahlen beruhte in diesem Zusammenhang auf einem Rückgang der Fertilität oder Geburtenhäufigkeit.

Die Zahl der Geburten wird bestimmt von der Zahl der potenziellen Mütter sowie der Fertilität

Unter Fertilität wird im Folgenden die Zahl der Kinder verstanden, die eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich zur Welt bringt. Um eine stabile Einwohnerentwicklung zu erreichen, in der sich die Zahl der Geburten und die der Sterbefälle in etwa ausgleichen, muss eine Frau durchschnittlich 2,1 Kinder bekommen (ohne Berücksichtigung von Wanderungen). Liegt der Wert über diesem Wert, so werden langfristig mehr Kinder geboren als Menschen sterben, liegt der Wert darunter, so reicht die Zahl der Geburten nicht aus, um die Zahl der Sterbefälle zu kompensieren. In der Realität wird die Zahl der Geburten neben der Fertilität auch dadurch beeinflusst, wie groß der Anteil potenzieller Mütter an der Bevölkerung ist. So werden in Gesellschaften mit hohen Anteilen junger Frauen bei gleicher Fertilität mehr Kinder geboren als in Gesellschaften mit geringen Anteilen junger Frauen.

Kohorten- und Periodenmaße

Um die Fertilität im Sinne der Zahl der Kinder je Frau zu bestimmen, stehen verschiedene Verfahren zur Verfügung. Grundsätzlich können Kohorten- und Periodenmaße voneinander unterschieden werden, wobei sich Kohortenmaße auf jeweils eine Geburtskohorte (meist ein Jahrgang) beziehen und Periodenmaße für eine bestimmte Periode (meist ein Kalenderjahr) berechnet werden.

Der Indikator „Endgültige Kinderzahl je Frau“ ermöglicht vergleichsweise zuverlässige Angaben zur Fertilität

Die Fertilität kann vergleichsweise zuverlässig mittels des Indikators „Endgültige Kinderzahl je Frau“ angegeben werden. Sobald alle Frauen eines Jahrganges die reproduktive Altersspanne (15 bis unter 45 oder unter 50 Jahren) durchlebt haben, kann angegeben werden, wie viele Kinder ein Altersjahrgang bekommen hat.¹ Hierzu wird in der Regel die Kohortenfertilität (CFR) angegeben, die die Zahl der Geburten auf 1000 Frauen der Kohorte bezieht. Sie berechnet sich als Summe der altersspezifischen Geburtenraten eines Jahrgangs, wobei $B(y)$ die Geburten von Frauen im Alter y bezeichnet und $F(y)$ die Zahl der Frauen im Alter y . β gibt das obere Ende des betrachteten reproduktiven Alters (meist unter 45 oder unter 50 Jahren) an:

$$CFR = \sum_{y=15}^{\beta} \frac{B(y)}{F(y)}$$

In Deutschland sank die CFR im 20. Jahrhundert von rund 2,2 bei den 1900 geborenen Frauen auf rund 1,6 bei den 1965 geborenen Frauen. Untersuchungen weisen nach, dass Frauen in Deutschland zunehmend weniger Kinder bekommen, dass die Geburt von Kindern in einem zunehmend höheren Alter erfolgt und dass die Zahl der zeitlebens kinderlos bleibenden Frauen steigt (Kreyenfeld, Konietzka 2008; Krätschmer-Hahn 2012)

Die aktuelle Fertilitätsentwicklung kann mit den Angaben zur endgültigen Kinderzahl nicht erfasst werden

Entsprechende Untersuchungen bleiben jedoch auf Frauen beschränkt, die im Betrachtungsjahr bereits das 50. Lebensjahr erreicht haben. Aktuelle Fertilitätsentwicklungen lassen sich mit solchen Kohortenuntersuchungen nicht untersuchen. Um dennoch möglichst aktuelle Daten zur Entwicklung der Fertilität zu erhalten, gibt es zwei Möglichkeiten: Zum einen kann mittels Kohortenprognosen versucht werden, die noch „fehlenden Geburten“ jüngerer Frauen zu schätzen und so möglichst aktuelle kohortenspezifische Kinderzahlen anzugeben (vgl. Goldstein et al. 2012). Zum anderen kann statt einer kohortenspezifischen Perspektive eine Periodenbetrachtung verwendet werden. Diese misst die Zahl der Kinder je Frau für eine bestimmte Periode (meist ein Kalenderjahr).

Die zusammengefasste Geburtenziffer hat sich zum Standardmaß zur Beschreibung der aktuellen Fertilität durchgesetzt

Um die (periodenbezogene) Geburtenhäufigkeit anzugeben, wird in der Regel die zusammengefasste Geburtenziffer oder Total Fertility Rate (TFR) als Periodenmaß verwendet. Diese hat den Vorteil, dass sie um Effekte der Geschlechterproportionen und der Altersstruktur bereinigt ist, da im Gegensatz zur Rohen Geburtenrate (Geburten je 1000 Einwohner) und zur Allgemeinen Geburtenziffer (Geburten je 1000 Frauen im reproduktiven Alter zwischen 15 und unter 45 Jahren) die Zahl der Geburten jeweils auf die Zahl der Frauen im spezifischen Alter bezogen werden. Entsprechend berechnet sich die TFR als Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, wobei $B(x)$ die Zahl der Geburten von Müttern im Alter x und $F(x)$ die Zahl der Frauen im Alter x darstellen. Als Alter x werden in der Regel die Altersjahre zwischen 15 und unter 45 oder unter 50 (β) Jahren herangezogen:

$$TFR = \sum_{x=15}^{\beta} \frac{B(x)}{F(x)}$$

Bei der zusammengefassten Geburtenziffer handelt es sich um eine hypothetische Schätzgröße, welche die tatsächliche Fertilität nur annähernd widerspiegelt

Die Berechnung der TFR erfolgt analog zur oben vorgestellten Berechnung der Kohortenfertilität CFR. Die beiden Angaben unterscheiden sich allein darin, dass die CFR abschließend für einen gesamten Jahrgang steht (Kohortenmaß) und damit die Ereignisse der betrachteten Kohorte annähernd korrekt widerspiegelt, während die TFR eine hypothetische Frauenkohorte konstruiert. Zwar wird auch die TFR meist als durchschnittliche Kinderzahl je Frau interpretiert, in Wirklichkeit werden mit der TFR jedoch nicht die Fertilitätsverhältnisse einer real existierenden Kohorte abgebildet, sondern die in einem Kalenderjahr zu beobachtenden altersspezifischen Geburtenziffern auf eine fiktive Kohorte übertragen. Dabei wird unterstellt, dass diese hypothetische Kohorte die aktuellen Fertilitätsverhältnisse repräsentiert (Luy 2010).

Letztendlich handelt es sich bei dem periodenbezogenen Wert der TFR also lediglich um eine Schätzgröße zur möglichst aktuellen Angabe der Fertilität. Dass der ermittelte Schätzwert jedoch nicht immer die tatsächlichen Fertilitätsverhältnisse widerspiegelt, wird dadurch hervorgerufen, dass Effekte des Geburtentimings die TFR beeinflussen. Während die TFR zwar alters- und geschlechterstandardisiert ist, beeinflussen das sich verschiebende Gebäralter und der sich verändernde Abstand zwischen den Geburten einer Frau durchaus den Wert dieser Maßzahl.

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird durch Verschiebungen des Geburtsalters verzerrt. Werden die Mütter immer älter, so unterschätzt der Wert die tatsächliche Fertilität

Tempo-Effekte beeinflussen die zusammengefasste Geburtenziffer

Verschieben Paare die Geburt der Kinder in ein höheres Lebensalter, wie es im Rahmen der zweiten demografischen Transformation in den meisten Ländern Europas beobachtet werden konnte, so sinkt die TFR, während sie durch das Vorziehen von Geburten steigt. Die Frage ob Kinder früher oder später geboren werden und wie groß der Abstand zwischen den Geburten ist, bestimmt neben der Zahl der Kinder also maßgeblich die zusammengefasste Geburtenziffer (Bongaarts und Feeney 1998). Sobotka und Lutz (2010) weisen anhand verschiedener Beispiele nach, dass die durch diese Tempoeffekte hervorgerufenen Veränderungen der zusammengefassten Geburtenrate zu Fehlinterpretationen führen und empfehlen, auf die Maßzahl als periodenbezogenen Universalindikator der Geburtenhäufigkeit gänzlich zu verzichten. Problematisch ist die Angabe der TFR vor allem dann, wenn niedrige Fertilität über einen längeren Zeitraum anhält. In diesem Fall kann beispielsweise die Situation eintreten, dass die endgültige Kinderzahl der 1970 geborenen Frauen über dem Wert der Perioden-TFR der Jahre 1985 bis 2019 liegt (vgl. auch Sobotka 2003).

Da es jedoch Ziel der Perioden-TFR ist, die aktuellen und zu erwartenden demografischen Prozesse möglichst realistisch abzubilden, wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Verfahren entwickelt, um die sich aus der Verschiebung des Geburtsalters ergebenden Einflüsse auf die TFR zu korrigieren und so Fertilitätsmaße anzugeben, die der Realität näher kommen. Vor allem der Ansatz von Bongaarts und Feeney (1998), bei dem die zusammengefasste Geburtenziffer anhand von Angaben zur Verschiebung des durchschnittlichen Alters der Frauen bei Geburt sowie durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Paritäten² korrigiert wird, hat dabei Aufmerksamkeit hervorgerufen (vgl. Luy 2010).

Mit diesem Ansatz, der nicht nur auf die Fertilität, sondern auch auf andere demografische Kennzahlen anwendbar ist, soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Periodenmaße dadurch verzerrt werden, dass sich ein Ereignis (beispielsweise die Geburt eines Kindes) innerhalb einer betrachteten Periode in ein höheres Alter verlagert. Während bei Verwendung der TFR also unterstellt wird, dass die altersspezifischen Geburtenraten der heute lebenden Frauen den Geburtenraten eines fiktiven Jahrgangs entsprechen, so wird dabei übersehen, dass die Geburtenraten der „aktuellen“ Kohorte noch gar nicht bekannt sind und zumindest ein Teil der nicht realisierten Geburten in einer späteren Lebensphase nachgeholt werden kann. Das von Bongaarts und Feeney vorgeschlagene Verfahren löst zwar nicht das grundsätzliche Problem, dass die TFR als periodenbezogenes Fertilitätsmaß schwer zu interpretieren ist und es sich dabei letztendlich auch nur um eine Schätzgröße handelt. Die Berücksichtigung von Tempoeffekten und Geburtenfolge führen jedoch dazu, dass die tempobereinigte TFR (= TFR*) näher an der endgültigen Kinderzahl liegt als die unbereinigte Maßzahl (zu Vergleichen zwischen TFR und tempobereinigten Fertilitätsmaßen siehe Sobotka 2003; Sobotka und Lutz 2010).

Grundlagen für die Berechnung der tempobereinigten Geburtenziffer

Als problematisch bei der Anwendung der TFR* stellt sich heraus, dass die für die Berechnung erforderlichen Daten vergleichsweise komplex sind und nicht überall zur Verfügung stehen. Vergleichende Berechnungen zu dem Thema zeigen, dass neben dem Geburtsalter auch die Frage der Parität entscheidend ist. Da sich das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Geburt ihrer Kinder auch dadurch verändert, dass Frauen mehr oder weniger Kinder bekommen und auch der Abstand zwischen Geburten die Fertilitätsmaße beeinflusst, sprechen sich Bongaarts und Feeney dafür aus, die Geburtenfolge bei der Berechnung der tempobereinigten TFR mit zu berücksichtigen. Diese als Parität bezeichnete Unterteilung macht es erforderlich, die TFR getrennt für die ersten, zweiten, dritten, vierten und weiteren Geburten zu berechnen. Entsprechende Daten sind jedoch nicht in allen Städten verfügbar und werden auch auf Ebene der amtlichen Geburtenstatistik erst seit kurzem angeboten.

Durch Berücksichtigung von Gebäralter und Kinderfolge kann die Schätzung der Fertilität verbessert werden

Zur Berechnung der tempobereinigten Geburtenziffer werden Angaben zur Geburtenfolge und zur Verschiebung des Alters der Mütter bei Geburt benötigt

Die klassische Geburtenstatistik hat die Geburtenfolge in der Vergangenheit ausschließlich für eheliche Geburten erfasst. Da der Anteil nichtehelicher Geburten im Zuge der zweiten demografischen Transformation jedoch deutlich zugenommen hat und aktuell bei über 30 Prozent liegt, scheint diese Einschränkung für die Betrachtung der Fertilität nicht mehr hinnehmbar. Entsprechend werden Daten zu Geburten seit 2009 unabhängig vom Familienstand der Mutter erhoben (Pöttsch 2012). Um auch zurückliegende Angaben zu erhalten, haben Luy und Pöttsch (2010) Schätzverfahren zur Bestimmung der Geburtenfolge für West- und Ostdeutschland entwickelt und konnten so erstmals für Deutschland insgesamt Angaben zur TFR* machen.

Die zur Berechnung notwendigen Daten liegen teilweise in kommunalen Statistiken vor

Auf kommunaler Ebene liegen Angaben zur Geburtenfolge teilweise in den Daten der Einwohnerbewegungen aus den Melderegistern vor (vgl. Wörner 2009; Schultz 2010). In Baden-Württemberg beruhen die Angaben auf den im Melderegister gespeicherten Verknüpfungen zwischen Müttern und ihren Kindern. Die Daten können die Geburtenfolge vergleichsweise gut abbilden und weisen im Wesentlichen nur zwei Einschränkungen auf: Erstens wird die melderechtliche Verknüpfung zwischen Eltern und Kindern gelöscht, sobald ein Kind das 18. Lebensjahr erreicht (in der Realität erfolgt die Aufhebung der Verknüpfung meist im Laufe des 18. Lebensjahres). Sobald also zum Zeitpunkt einer Geburt ein Geschwisterkind bereits über 18 Jahre alt ist, so bilden die Angaben in den Daten zur Einwohnerbewegung die Geburtenfolge nicht mehr korrekt ab. In der Realität dürften Altersunterschiede von 18 und mehr Jahren zwischen dem ersten Kind und weiteren Kindern jedoch nur selten vorkommen. Zweitens werden auch Adoptivkinder mit ihren Müttern verknüpft, ohne dass eine Geburt stattgefunden hat. Daher kann es vorkommen, dass die Geburtenfolge bei Müttern, die ein Kind adoptiert haben und zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich ein leibliches Kind bekommen, leicht überhöht dargestellt wird. In der Realität dürften beide Einschränkungen nicht besonders häufig auftreten und daher vernachlässigbar sein. Entsprechend kann zur Berechnung der paritätsspezifischen TFR auf die Angaben zur Geburtenfolge aus den Einwohnerbewegungen zurückgegriffen werden.

Im ersten Schritt erfolgt die Berechnung der paritätsspezifischen zusammengefassten Geburtenziffer

Zur Berechnung der tempobereinigten TFR* müssen zunächst paritätsspezifische zusammengefasste Geburtenziffern TFR_i berechnet werden. Die Berechnung erfolgt für die erste, zweite, dritte und weiteren Geburten differenziert ($i=1$ bis $4+$) analog zur TFR. Die Summe der einzelnen paritätsspezifischen Werte entspricht der TFR, wobei mit x das Alter der Mutter beziehungsweise der Frauen und mit i die Parität bezeichnet wird:

$$TFR = \sum_{i=1}^{4+} TFR_i = \sum_{x=15}^{\beta} \frac{B(x)_1 + B(x)_2 + B(x)_3 + B(x)_{4+}}{F(x)}$$

Im zweiten Schritt wird das Alter der Mutter bei Geburt und dessen Veränderung berechnet

Für die Korrektur der Tempoeffekte sind Angaben dazu erforderlich, inwieweit sich das durchschnittliche Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder in den einzelnen Altersjahren erhöht hat. Hierbei müsste korrekterweise pro Altersjahr die Verschiebung des Gebäralters in Tagen angegeben werden. Da in den meisten Datensätzen jedoch keine taggenauen Altersangaben der Mütter vorliegen, kann zur Ermittlung der Altersverschiebung folgendes Vorgehen empfohlen werden: Zunächst erfolgt die paritätsspezifische Berechnung des mittleren Alters bei Geburt (MAB) auf Grundlage der altersspezifischen Geburtenraten. Dabei wird das Mittlere Alter der Mütter entsprechend der realisierten Geburten gewichtet:

$$MAB_i = \frac{\sum_{x=15}^{\beta} (x + 0,5) \cdot \frac{B(x)_i}{F(x)}}{TFR_i}$$

Anschließend wird die Veränderung des mittleren Alters bei Geburt $r_i(t)$ im Betrachtungsjahr t geschätzt aus der halbierten Differenz der mittleren Alter bei Geburt während des Folgejahres $t+1$ und des vorausgegangenen Jahres $t-1$:

$$r_i(t) = \frac{MAB_i(t+1) - MAB_i(t-1)}{2}$$

Im dritten Schritt erfolgt schließlich die Berechnung der tempobereinigten Geburtenziffer

Liegen die paritätsspezifischen Werte für die zusammengefasste Geburtenziffer sowie die Veränderungen des mittleren Alters bei Geburt r_i vor, so ergibt sich die Tempobereinigung der TFR:

$$TFR^* = \sum_{i=1}^{4+} \frac{TFR_i}{1 - r_i}$$

Ergebnisse am Beispiel von Stuttgart

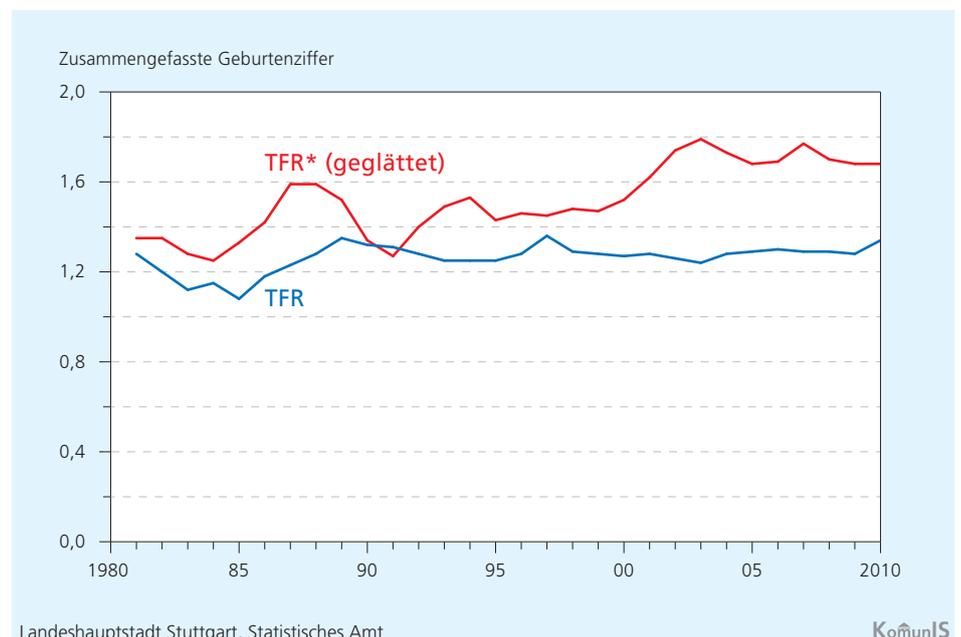
Für Stuttgart wurde die TFR^* für die Jahre 1980 bis 2010 aus den Bewegungsdaten des Einwohnerregisters berechnet und mit der TFR der entsprechenden Jahre verglichen. Die Berechnung erfolgte auf Grundlage der paritätsspezifischen Daten zu Geburten nach Alter der Mutter sowie den Angaben zur Zahl der Frauen im spezifischen Alter jeweils zur Jahresmitte (30.06.). Berücksichtigung fanden alle Geburten von Frauen im Alter zwischen 15 und unter 50 Jahren.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Werte der TFR^* zwischen den einzelnen Jahren stärker schwanken als die unbereinigte TFR. Dies deckt sich mit vergleichbaren Berechnungen zur TFR^* und lässt es ratsam erscheinen, die Jahreswerte zu glätten. Entsprechend erfolgt die Darstellung der TFR^* jeweils über drei Jahre gemittelt. Für Stuttgart zeigt Abbildung 1 erwartungsgemäß, dass die TFR^* höher ausfällt als die TFR. In den vergangenen Jahren schwankte die TFR^* zwischen 1,6 und 1,8 und lag damit im Schnitt rund 0,5 über dem Wert der unbereinigten TFR. Eine Ausnahme bilden die frühen 1990er-Jahre, als die TFR^* kurzfristig unter den Wert der TFR sank.

280

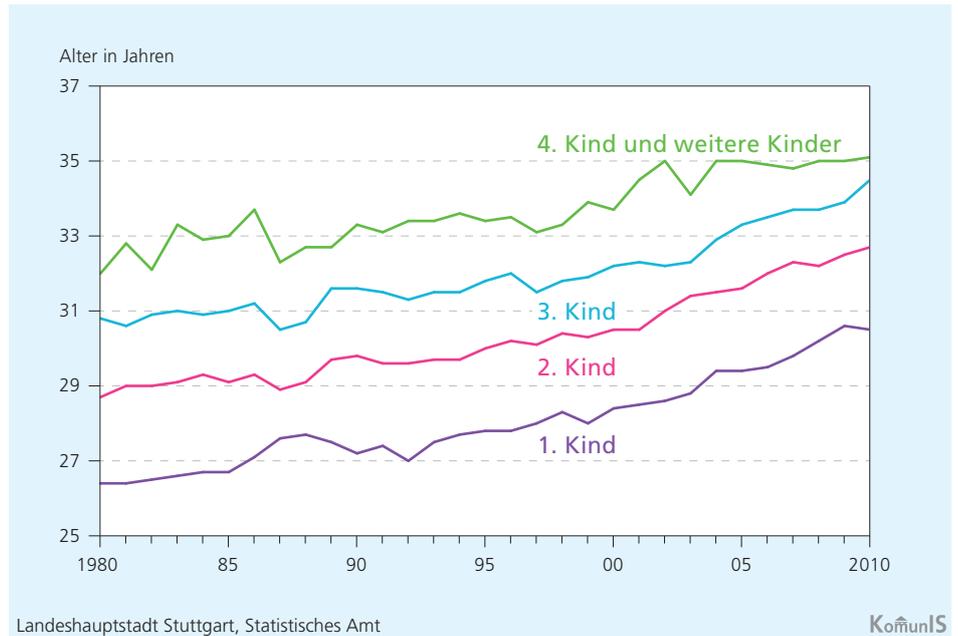
Die tempobereinigten Geburtenziffer liegt aktuell um rund 0,5 höher als der unbereinigte Wert

Abbildung 1: TFR und TFR^* in Stuttgart zwischen 1980 und 2010 im Vergleich



Die Unterschiede zwischen den beiden Maßzahlen decken sich mit den Berechnungen zum mittleren Alter bei Geburt. Dieses ist zwischen 1980 und 2010 in allen betrachteten Paritäten angestiegen (Abbildung 2). Den höchsten Anstieg verzeichnete dabei das Alter bei Geburt des ersten Kindes. Dieses stieg um 4,1 Jahre auf 30,5 Jahre an, während das Alter bei Geburt der 4. und weiteren Kinder lediglich um 3,1 Jahre auf 35,1 Jahre anstieg und insbesondere seit 2004 keine nennenswerte Veränderung mehr zeigt. Auffällig ist der Rückgang des mittleren Alters bei Geburt des ersten Kindes zu Beginn der 1990er-Jahre, was sich mit der rückläufigen TFR* in diesem Zeitraum deckt.

Abbildung 2: Veränderung des mittleren Alters bei Geburt nach Parität in Stuttgart 1980 bis 2010



Die tempobereinigte Geburtenziffer lässt sich im Rahmen der kommunalen Statistik mit Mehraufwand berechnen. Allerdings ist fraglich, ob sich der Wert als Alternative zur zusammengefassten Geburtenziffer durchsetzen kann

Aufgrund der Befunde verschiedener Vergleichsuntersuchungen zwischen TFR, TFR* und Kohortenmaßen zur Fertilität kann davon ausgegangen werden, dass die berechneten Werte zur TFR* die Fertilitätsentwicklung in Stuttgart besser abbilden als die normale TFR. Allerdings gestaltet sich die Berechnung (selbst bei Vorliegen aller relevanten Daten) als deutlich aufwändiger. Entsprechend ist anzunehmen, dass sich zumindest in der Städtestatistik das Maß der TFR als Standardmaß zur Messung der Fertilität weiter durchsetzen wird. Allerdings sollte je nach Anwendung berücksichtigt werden, dass dieses den (hypothetisch) richtigen Wert unterschätzt.

Autor:
 Dr. Ansgar Schmitz-Veltin
 Telefon: (0711) 216-98 579
 E-Mail: ansgar.schmitz-veltin@stuttgart.de

1 Als reproduktives Alter werden meist die Altersjahre zwischen 15 und unter 45 oder unter 50 Jahren betrachtet. Im höheren Alter werden nur noch selten Kinder geboren, so dass die Geburten von Frauen ab 45 oder 50 Jahren in den meisten Fertilitätsanalysen nicht berücksichtigt werden.

2 Unter Parität wird im Folgenden die Geburtenfolge verstanden: Das heißt die ersten Geburten einer Frau werden als 1. Parität, die zweiten als 2. Parität usw. bezeichnet.

Literaturverzeichnis:

- Bongaarts, John; Feeney, Griffith (1998): On the quantum and tempo of fertility. In: *Population and Development Review* 24, Nr. 2, S. 271-291.
- Goldstein, Joshua R.; Kreyenfeld, Michaela; Röβger, Felix (2012): Gibt es eine Trendumkehr der Kinderzahl nach Geburtsjahrgängen in Deutschland? Working Paper des Berliner Demografie Forums 4, Berlin.
- Krätschmer-Hahn, Rabea (2012): Kinderlosigkeit in Deutschland. Zum Verhältnis von Fertilität und Sozialstruktur. Wiesbaden.
- Kreyenfeld, Michaela; Konietzka, Dirk (2008): Wandel der Geburten- und Familienentwicklung in West- und Ostdeutschland. In: Schneider, Norbert F. (Hrsg.): *Lehrbuch Moderne Familiensoziologie*. Opladen.
- Lesthaeghe, Ron; van de Kaa, Dirk J. (1986): Twee Demografische Transities? In: Lesthaeghe, Ron; van de Kaa Dirk J. (Hrsg.): *Bevolking: Groei en Krimp*. Deventer, S. 9-24.
- Luy, Marc (2010): Tempo-Effekte und ihre Bedeutung für die demografische Analyse. In: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, Nr. 3, S. 447-482.
- Luy, Marc; Pöttsch, Olga (2010): Schätzung der tempobereinigten Geburtenziffer für West- und Ostdeutschland, 1955-2008. In: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, Nr. 3, S. 569-604.
- Pöttsch, Olga (2012): Geburtenfolge und Geburtenabstand – neue Daten und Befunde. In: *Wirtschaft und Statistik* 02/2012, S. 89-101.
- Schultz, Andrea (2010): Das Gebärverhalten Leipziger Frauen – Teil 1: Einzel- und Geschwisterkinder. In: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): *Statistischer Quartalsbericht, Heft IV/2010*, S. 8-10.
- Sobotka, Tomáš (2003): Tempo-Quantum and Period-Cohort Interplay in Fertility Changes in Europe. Evidence from the Czech Republic, Italy, the Netherlands and Sweden. In: *Demographic Research* 8, Nr. 6, S. 151-214.
- Sobotka, Tomáš; Lutz, Wolfgang (2010): Wie Politik durch falsche Interpretationen der konventionellen Perioden-TFR in die Irre geführt wird: Sollten wir aufhören, diesen Indikator zu publizieren? In: *Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 35, Nr. 3, S. 665-696.
- Wörner, Anke (2009): Bekommen Frankfurterinnen wieder häufiger Kinder? Demografische Hintergründe der Geburtenentwicklung in Frankfurt am Main. In: *Frankfurter Statistische Berichte, Heft 1/2009*, S. 12-30.

Werner Münzenmaier¹

Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Eckdaten in Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren Regionen 1996 bis 2008

Untersucht werden Wirtschaftskraft, Kaufkraft und Einkommen in den Städten Hamburg, München, Düsseldorf, Frankfurt/Main und Stuttgart im Verhältnis zu ihren Regionen ...

Wie verteilen sich in wirtschaftsstarken Regionen Wirtschaftskraft, Kaufkraft und Einkommen auf die Kernstadt und die umliegenden Kommunen? Gibt es bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Regionen? Diesen Fragen wurde in Heft 6/2012 dieser Schriftenreihe anhand von Kreisdaten des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ nachgegangen, und zwar für Großstädte und Regionen, die bezüglich solcher Indikatoren mit der Stadt und der Region Stuttgart vergleichbar sind.² Es handelt sich hierbei um die Engere Metropolregion Hamburg, den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, die Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein sowie alle zum Regionalverband FrankfurtRheinMain gehörenden Stadt- und Landkreise. Die Untersuchung erstreckte sich auf vier Pro-Kopf-Indikatoren, nämlich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer als produktionsortbezogene Größen sowie das Primäreinkommen und das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, jeweils je Einwohner, als Wohnortindikatoren. Das Bezugsjahr ist das konjunkturelle „Normaljahr“ 2008.

... im Zeitraum 1996 bis 2008

Die zusammenfassenden Ergebnisse für die Städte und ihre Regionen sind in Abbildung 1 wiedergegeben. Nachfolgend wird die längerfristige Entwicklung seit 1996 näher untersucht.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamtwirtschaftliche Leistung eines Gebiets

Das Bruttoinlandsprodukt misst die gesamtwirtschaftliche Leistung eines Gebiets, es enthält neben dem Arbeitnehmerentgelt als Entlohnung für den Produktionsfaktor Arbeit noch den Nettobetriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen und die Abschreibungen als Entgelte für den Faktor Kapital sowie die Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

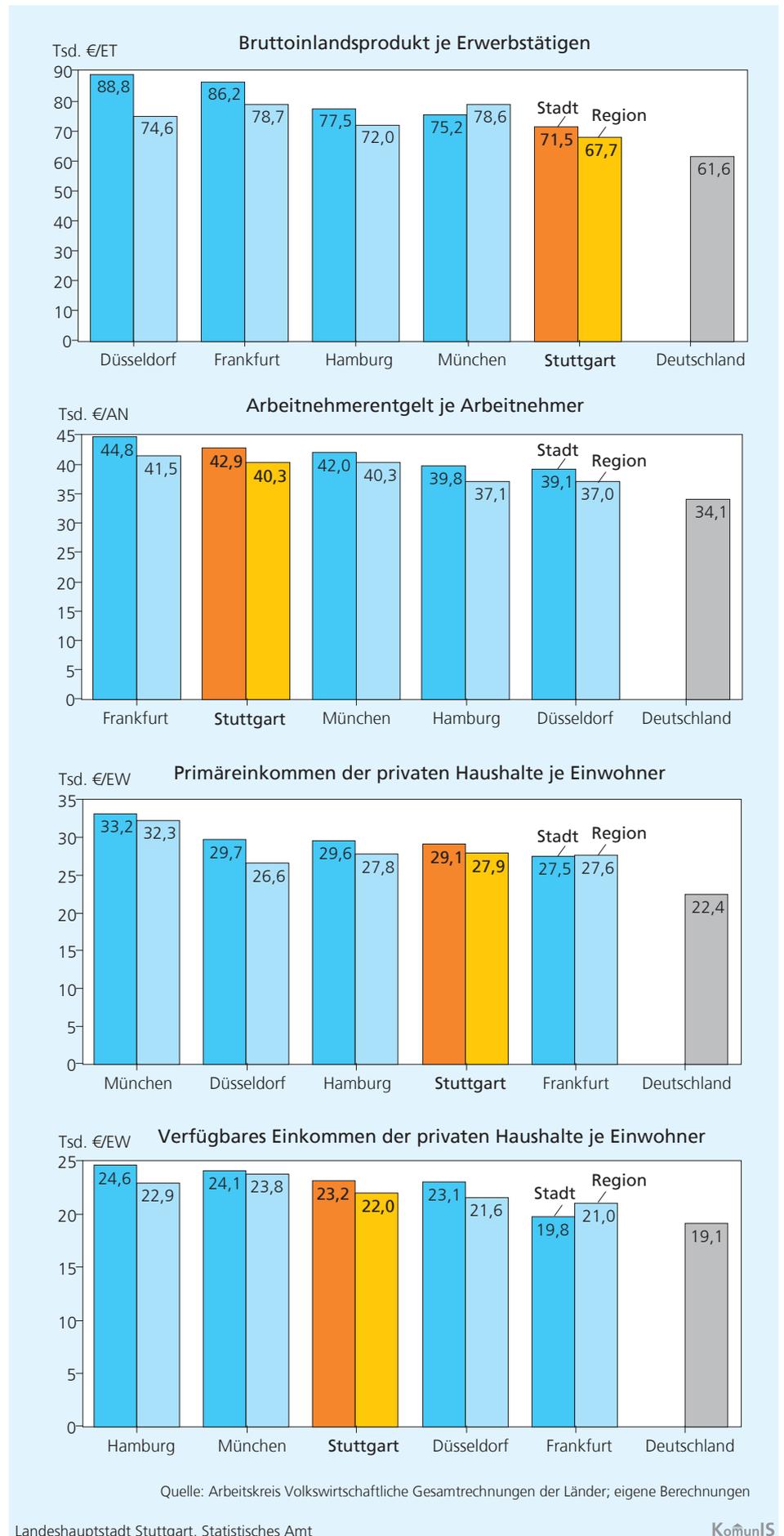
Wirtschaftsstrukturbedingt hohe Werte beim BIP je Erwerbstätigen in Düsseldorf und Frankfurt, niedrige Werte dagegen in Stuttgart

Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, dem Indikator für die Wirtschaftskraft und die Arbeitsproduktivität eines Wirtschaftsstandorts, lagen 2008 die Städte Düsseldorf und Frankfurt am Main an der Spitze der fünf betrachteten Großstädte (vgl. Abbildung 1), vor allem wegen ihrer Verankerung im kapitalintensiven Wirtschaftsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. In den Städten Hamburg und München spielt dieser Wirtschaftsbereich ebenfalls eine bestimmende Rolle, weniger dagegen in der baden-württembergischen Landeshauptstadt, die sich aufgrund ihrer Ausrichtung auf technologieorientierte und hochproduktive Industriezweige jedoch ebenfalls deutlich vom nationalen Durchschnitt (61 600 € je Erwerbstätigen) abhebt.

Unter den Regionen haben Frankfurt und München Spitzenwerte beim BIP je Erwerbstätigen

Ebenso haben alle betrachteten Regionen diesen nationalen Durchschnitt übertroffen; im Einzelnen lag der Regionalverband FrankfurtRheinMain nahezu gleichauf mit dem Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München an der Spitze vor den Regionen Düsseldorf und Hamburg. Die Region Stuttgart blieb – ebenso wie die Stadt Stuttgart – hinter den jeweiligen vier Vergleichsgebieten zurück.

Abbildung 1: Gesamtwirtschaftliche Pro-Kopf-Indikatoren in fünf Großstädten und ihren Regionen 2008

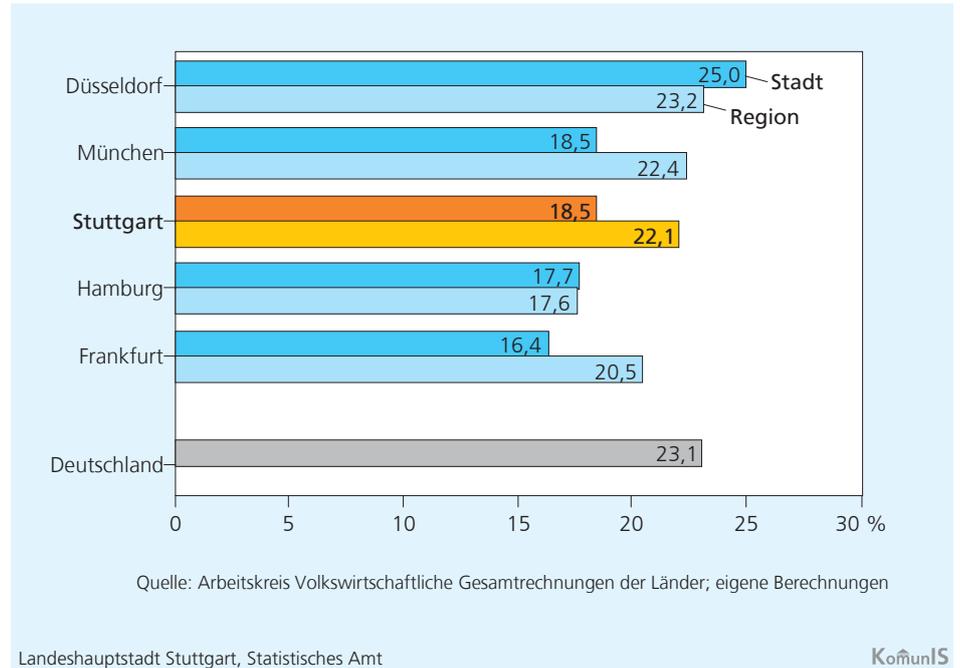


Entwicklung

Nur in Düsseldorf ist das BIP je Erwerbstätigen überdurchschnittlich angestiegen, und zwar in der Stadt ...

Im Zeitraum 1996 bis 2008 hat sich die über das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen gemessene Wirtschaftskraft unter den fünf Vergleichsstädten in Düsseldorf mit + 25,0 Prozent am kräftigsten entwickelt (vgl. Abbildung 2). Als einzige der fünf Städte hat die nordrhein-westfälische Landeshauptstadt den nationalen Durchschnitt (+ 23,1 %) übertroffen, wenngleich nur geringfügig. Mit schon relativ deutlichem Abstand folgen danach die Städte München und Stuttgart mit jeweils + 18,5 Prozent vor Hamburg (+ 17,7 %) und Frankfurt am Main (+ 16,4 %).

Abbildung 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in fünf Großstädten und ihren Regionen 1996 bis 2008



... und in der Region

Ein ähnliches Entwicklungsmuster weisen die zugehörigen Regionen auf: Allein die Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein konnte mit einer Zunahme um 23,2 Prozent den Durchschnitt Deutschlands erreichen, der Abstand der nachfolgenden Regionen mit + 22,4 Prozent in München beziehungsweise + 22,1 Prozent in Stuttgart war jedoch deutlich geringer als bei den Städten. Während bei den drei genannten Städten die Reihenfolge dieselbe blieb wie bei den zugehörigen Kernstädten, hat sich nunmehr die Region Frankfurt mit + 20,5 Prozent vor die Engere Metropolregion Hamburg mit + 17,6 Prozent geschoben.

Und nur in Düsseldorf war das Wachstum in der Stadt kräftiger als in der Region

Bemerkenswert ist weiterhin, dass allein im Raum Düsseldorf die Stadt ein stärkeres Wachstum dieses Indikators erzielt hat als die Region insgesamt. In Hamburg lagen Stadt und Region in der Entwicklung praktisch gleichauf, in München, Stuttgart und Frankfurt hat das Wachstum der Region dasjenige der Stadt jeweils um rund vier Prozentpunkte übertroffen.

Innerhalb der Region Stuttgart war das Wachstum aller Kreise recht ausgeglichen

Betrachtet man die Entwicklung innerhalb der Vergleichsgebiete, so kann für die Region Stuttgart eine relativ ausgeglichene Entwicklung festgestellt werden: Das schwächste Wachstum wurde für die Stadt Stuttgart mit 18,5 Prozent gemessen, der stärkste Zuwachs unter den Landkreisen für Ludwigsburg mit 29,9 Prozent, der geringste für Esslingen mit 20,4 Prozent.

Extrem auseinanderlaufende Entwicklungen innerhalb der Region München ...

Deutlich ausgeprägter ist dagegen die Bandbreite im Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, der unter allen hier untersuchten Stadt- und Landkreisen sowohl den Kreis mit dem höchsten Wachstum (Landkreis München: + 39,8 %) als auch den Kreis mit dem geringsten Wachstum (Landkreis Fürstentum Bruck: + 9,2 %) auf seinem Gebiet vereint.

... und auch der Region Hamburg

Ähnlich stellt sich die Situation in Hamburg dar, wo ein sehr hoher Zuwachs von 32,9 Prozent im Landkreis Stade und ein recht bescheidenes Wachstum von nur 9,4 Prozent im Landkreis Herzogtum Lauenburg gemessen wurden.

In der Region Frankfurt weisen die beiden Städte nur halb so hohe Wachstumsraten auf wie die beiden wachstumsstärksten Landkreise

Im Regionalverband FrankfurtRheinMain stehen zwei Landkreisen mit starken Zuwächsen (Wetteraukreis: + 32,4 %; Landkreis Offenbach: + 29,9 %) die beiden Städte mit nur etwa halb so großen Zunahmen (Frankfurt am Main: + 16,4 %; Offenbach am Main: + 13,4 %) gegenüber.

Ähnlich verhält es sich in der Region Düsseldorf

Auch in der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein hat eine Stadt, nämlich Mönchengladbach, mit + 12,2 Prozent die schwächste Entwicklung verzeichnet und ein Landkreis, nämlich der Rhein-Kreis Neuss, mit + 28,7 Prozent den kräftigsten, mehr als doppelt so großen Zuwachs.

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer informiert über die Höhe des Arbeitseinkommens am Produktionsort

Das Arbeitnehmerentgelt in der Definition der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den in einem bestimmten Gebiet beschäftigten Arbeitnehmern zugeflossen sind; es setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer drückt entsprechend die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit am betreffenden Produktionsort aus und informiert über die in einer Region erzielte Höhe des individuellen Arbeitseinkommens.

Beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer liegen Frankfurt und Stuttgart vorne, und zwar unter den Städten ...

Bei diesem ebenfalls produktionsortbezogenen Indikator stand die Stadt Frankfurt am Main 2008 an der Spitze aller hier untersuchten Großstädte. Bereits dahinter folgte die Stadt Stuttgart, noch vor der Stadt München und den schon leicht abgeschlagenen weiteren Städten Hamburg und Düsseldorf (vgl. Abbildung 1).

286

... und unter den Regionen

Bei den Regionen entspricht die Reihenfolge für das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer exakt derjenigen für die Städte: Auch hier konnte die Region FrankfurtRheinMain Platz 1 behaupten, und zwar knapp vor den etwa gleichauf liegenden Regionen Stuttgart und München sowie – schon mit einem gewissen Abstand – den Regionen Hamburg und Düsseldorf.

Entwicklung

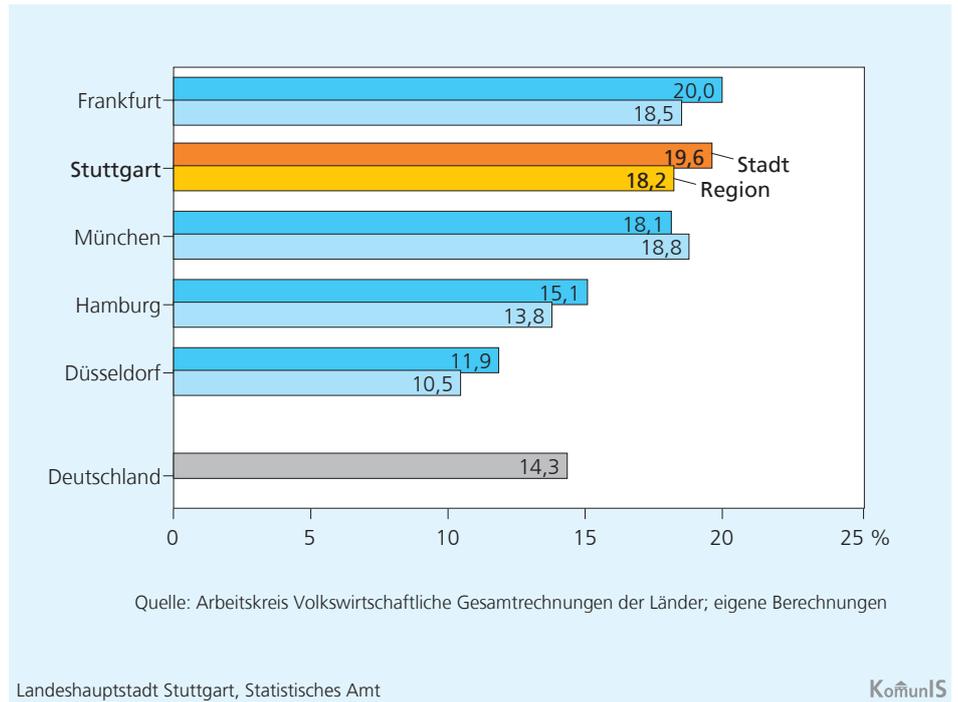
Kräftigste Zunahmen des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer in den Städten Frankfurt und Stuttgart ...

In der Entwicklung zwischen 1996 und 2008 (vgl. Abbildung 3) zeigen sich in mehrerer Hinsicht ganz andere Tendenzen als beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Die Stadt Frankfurt am Main, die bei der Arbeitsproduktivität noch das geringste Wachstum unter allen hier untersuchten Großstädten aufgewiesen hat, lag beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer mit + 20,0 Prozent an der Spitze der Entwicklung, allerdings nur knapp vor der Stadt Stuttgart (+ 19,6 %) sowie – schon etwas deutlicher – vor den Städten München (+ 18,1 %) und Hamburg (+ 15,1 %). Das schwächste Wachstum wurde dagegen für die bei der Produktivitätsentwicklung noch führende Stadt Düsseldorf gemessen: Der Anstieg beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer blieb mit 11,9 Prozent – als einziger unter diesen Städten – sogar unter dem Durchschnitt Deutschlands mit + 14,3 Prozent.

... und auch in den drei süddeutschen Regionen

Auch bei den Regionen war das Wachstum in Süddeutschland höher als in West- und Norddeutschland, mit Werten um + 18,5 Prozent wurde in den drei südlichen Regionen der nationale Durchschnitt jeweils übertroffen. Im Einzelnen lag der Anstieg in der Region München mit + 18,8 Prozent nur geringfügig über demjenigen in den Regionen Frankfurt mit + 18,5 Prozent und in Stuttgart mit + 18,2 Prozent. Lediglich im Falle von München war die Entwicklung in der Region (+ 18,8 %) etwas besser als in der Stadt (+ 18,1 %). Wie in Frankfurt und Stuttgart blieb auch das Wachstum der Regionen in Hamburg (+ 13,8 %) und in Düsseldorf (+ 10,5 %) hinter dem Wachstum in den Städten zurück.

Abbildung 3: Entwicklung des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer in fünf Großstädten und ihren Regionen 1996 bis 2008



Wachstumsraten der Städte und ihrer Regionen liegen beim Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelt nahe beieinander

Auch beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer recht geringes Wachstumsgefälle innerhalb der Region Stuttgart

Vergleichbare Tendenzen in der Region Frankfurt ...

... sowie auf niedrigerem Niveau in der Region Hamburg

Besonders geringe Wachstumsunterschiede innerhalb der Region Düsseldorf

Dagegen weit auseinanderlaufende Entwicklung in den Kreisen der Region München

Die Wachstumsabstände zwischen den Städten und den Regionen waren – anders als beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – überwiegend gering und blieben auf maximal 1,5 Prozentpunkte begrenzt.

Innerhalb der Regionen ist das Gefälle im Falle der Region Stuttgart wiederum relativ gering ausgefallen: In den überwiegend industriell geprägten Landkreisen Böblingen (+ 20,2 %), Ludwigsburg (+ 18,1 %) und Esslingen (+ 17,8 %) sowie in der Stadt Stuttgart (+ 19,6 %) war das Wachstum stärker ausgeprägt als in den Landkreisen Rems-Murr (+ 14,3 %) und Göppingen (+ 13,7 %).

Recht ähnlich stellt sich die Situation in der Region Frankfurt/RheinMain dar. Hier lagen die Landkreise Wetteraukreis, Main-Taunus-Kreis und Groß-Gerau sowie die Stadt Frankfurt am Main mit Zuwachsraten zwischen 19,6 und 21,0 Prozent an der Spitze, der Abstand zur Stadt Offenbach am Main und zum Main-Kinzig-Kreis mit Zuwachsraten von ungefähr 14,5 Prozent beziehungsweise zum Landkreis Offenbach (+ 13,7 %) ist jedoch geringer als beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

In vergleichbaren Bandbreiten verlief die Entwicklung in der Region Hamburg, wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau. An der Spitze lag dort die Stadt Hamburg mit + 15,1 Prozent, am Ende der Landkreis Herzogtum Lauenburg mit + 8,2 Prozent.

Innerhalb der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein ist der Unterschied zwischen den wachstumsstärksten Kreisen, nämlich Landkreis Mettmann und Stadt Düsseldorf mit knapp zwölf Prozent, und den wachstumsschwächsten Kreisen, nämlich dem Landkreis Viersen und der Stadt Mönchengladbach mit weniger als acht Prozent, besonders gering.

Demgegenüber vereint der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München mit dem Landkreis Freising (+ 30,8 %) und dem Landkreis München (+ 26,0 %) zum einen die beiden wachstumsstärksten aller hier untersuchten Kreise, zum anderen aber mit den Landkreisen Fürstentum Bruck und Ebersberg (jeweils ungefähr + 11,5 %) ebenso zwei deutlich wachstumsschwächere Kreise auf seinem Gebiet.

Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner

Primäreinkommen der privaten Haushalte umfasst alle Einkommen am Wohnort

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte repräsentiert die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in einer Region lebenden privaten Haushalte. Neben dem Arbeitnehmerentgelt, hier am Wohnort, enthält das Primäreinkommen noch die gesamten Gewinn-, Selbstständigen- und Vermögenseinkommen. Bezogen auf die Zahl der Einwohner gibt das Primäreinkommen die gesamte individuelle Einkommenssituation am Wohnort wieder.

Stuttgart und Frankfurt haben beim Primäreinkommen je Einwohner die niedrigsten Werte unter den Städten, ...

Die Einwohner der Stadt Frankfurt am Main erzielten 2008 unter den hier untersuchten Großstädten das geringste, die Einwohner der Stadt Stuttgart das zweitniedrigste Pro-Kopf-Einkommen. Dies ist um so erstaunlicher, als beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer die Städte Frankfurt und Stuttgart – in dieser Reihenfolge – die Spitzenpositionen einnahmen. Verantwortlich für diese Rangverschiebung ist unter anderem die Tatsache, dass viele in Frankfurt und in Stuttgart beschäftigte und gut verdienende Arbeitnehmer außerhalb dieser Städte wohnen. Umgekehrt sind München, Düsseldorf und Hamburg gerade auch für Menschen mit höherem Einkommen als Wohngemeinde attraktiv, weshalb diese Städte hierbei die Spitzenpositionen behaupten (vgl. Abbildung 1).

... unter den Regionen liegt Stuttgart aber an zweiter Stelle hinter München

Auch unter den Regionen liegt der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München ganz vorne, mit gewissem Abstand folgen die Regionen Frankfurt, Hamburg und Stuttgart mit etwa gleich hohen Pro-Kopf-Werten; die Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein fällt dagegen etwas zurück.

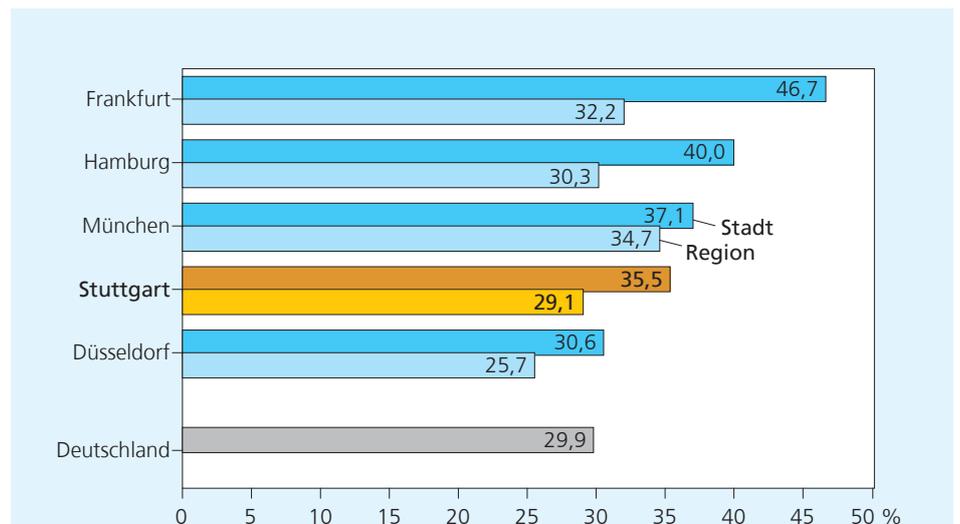
Entwicklung

Überdurchschnittliche Ausweitung des Pro-Kopf-Primäreinkommens aller fünf Städte

Wie Abbildung 4 zeigt, konnten die Einwohner aller hier betrachteten Großstädte zwischen 1996 und 2008 auf eine Zunahme ihrer Pro-Kopf-Einkommen zurückblicken, die über der Entwicklung in Deutschland (+ 29,9 %) lag. Am kräftigsten ist dabei der Zuwachs in Frankfurt am Main (+ 46,7 %) ausgefallen; trotz dieser deutlichen Einkommensverbesserung blieb Frankfurt jedoch, wie ausgeführt, mit seinem Pro-Kopf-Einkommen 2008 auf dem letzten Platz der hier untersuchten Großstädte.

288

Abbildung 4: Entwicklung des Primäreinkommens der privaten Haushalte je Einwohner in fünf Großstädten und ihren Regionen 1996 bis 2008



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen

Wie beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, so auch beim Primäreinkommen je Einwohner höchste Steigerungsraten in Frankfurt, niedrigste in Düsseldorf

Parallelen zur Entwicklung beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer zeigen sich nicht nur mit Blick auf die jeweils stärksten Zuwächse in Frankfurt, sondern auch hinsichtlich der jeweils schwächsten Entwicklung in Düsseldorf. Mit + 30,6 Prozent blieb der Anstieg beim Pro-Kopf-Primäreinkommen in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt nur leicht über dem nationalen Durchschnitt und relativ deutlich hinter dem Wachstum auch der Städte Hamburg (+ 40,0 %), München (+ 37,1 %) und Stuttgart (+ 35,5 %) zurück.

Region Stuttgart mit Zunahmen unter dem nationalen Durchschnitt

Unter den Regionen konnten, wiederum wie beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, die Regionen München und Frankfurt beim Primäreinkommen je Einwohner mit + 34,7 Prozent beziehungsweise + 32,2 Prozent am kräftigsten expandieren, und zwar vor der Region Hamburg mit + 30,3 Prozent. Bereits unter dem nationalen Durchschnitt blieb das Wachstum der Region Stuttgart mit + 29,1 Prozent und noch mehr der Region Düsseldorf mit + 25,7 Prozent. In allen fünf Vergleichsgebieten war der Zuwachs bei den Städten höher als bei den Regionen, besonders markant im Falle der beiden Spitzenreiter Frankfurt und Hamburg.

Beim Primäreinkommen je Einwohner ist das Entwicklungsgefälle innerhalb der Regionen ausgeprägter als beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, relativ moderat aber im Falle der Region Stuttgart

Betrachtet man die Entwicklung der Stadt- und Landkreise innerhalb der Regionen, so lässt sich generell für das Primäreinkommen je Einwohner eine stärkere Differenzierung feststellen als für das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer. Dies trifft auch für die Region Stuttgart zu, wenngleich dort das Gefälle in Relation zu den anderen Regionen erneut schwächer ausgefallen ist. Die mit Abstand kräftigste Zunahme hat die Landeshauptstadt Stuttgart mit + 35,5 Prozent aufgewiesen vor dem Landkreis Ludwigsburg mit + 30,9 Prozent sowie dem Landkreis Göppingen mit 29,1 Prozent und damit relativ deutlichen Abständen zum Rems-Murr-Kreis (+ 26,9 %), zum Landkreis Esslingen (+ 25,3 %) und zum Landkreis Böblingen (+ 23,7 %).

Besonders große Wachstumsunterschiede innerhalb der Region Frankfurt ...

Auch bei den Regionen Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf war die Entwicklung in der Kernstadt am stärksten ausgeprägt. Besonders groß war dabei das Gefälle in der Region Frankfurt, wo Zunahmen von + 46,7 Prozent in Frankfurt und + 43,5 Prozent im Hochtaunuskreis besonders schwachen Entwicklungen im Landkreis Groß-Gerau (+ 17,3 %) und in der Stadt Offenbach (+ 14,2 %) gegenüber standen. Das Wachstum in Frankfurt am Main war damit mehr als dreimal so hoch wie in der Nachbarstadt Offenbach am Main. Die Stadt Frankfurt am Main und der Hochtaunuskreis konnten beim Primäreinkommen je Einwohner auf das kräftigste Wachstum aller hier untersuchten Kreise zurückblicken.

... und der Region Hamburg

Ähnlich stellt sich die Situation in der Region Hamburg dar, wo der Anstieg der Freien und Hansestadt mit + 40,0 Prozent denjenigen aller Landkreise deutlich übertroffen hat, auch in den Kreisen Stade und Harburg mit der zweit- und drittbesten Entwicklung von + 23,5 Prozent beziehungsweise + 23,1 Prozent. Die geringsten Zunahmen innerhalb der Engeren Metropolregion Hamburg beziehungsweise aller hier untersuchten Kreise hat beim Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner der Landkreis Segeberg mit + 12,8 Prozent verzeichnet, nur etwas besser war die Entwicklung im Landkreis Pinneberg mit + 15,3 Prozent.

Ähnlich moderates Entwicklungsgefälle in der Region Düsseldorf wie in der Region Stuttgart

Demgegenüber war der Wachstumsabstand innerhalb der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein zwischen der Kernstadt Düsseldorf mit + 30,6 Prozent im Vergleich zu den zweit- und drittplatzierten Kreisen, nämlich Viersen und Rhein-Kreis Neuss, mit + 28,6 Prozent beziehungsweise 27,4 Prozent, wesentlich geringer ausgeprägt. Das niedrigste Wachstum wurde für die Stadt Mönchengladbach mit + 17,9 Prozent gemessen.

Lediglich innerhalb der Region München liegt die Kernstadt bei der Zunahme des Pro-Kopf-Primäreinkommens nicht ganz vorne

Lediglich innerhalb der Region München hat die Kernstadt nicht am kräftigsten zugenommen, allerdings blieb das für die bayerische Landeshauptstadt gemessene Wachstum in Höhe von 37,1 Prozent nur relativ knapp hinter dem Anstieg des Land-

kreises München mit + 40,0 Prozent und des Landkreises Landsberg am Lech mit + 38,7 Prozent zurück. Die schwächste Zunahme innerhalb der Region München wurde für die Landkreise Fürstentum Pfalz (+ 21,4 %) und Ebersberg (+ 27,0 %) ermittelt.

Verfügbares Einkommen je Einwohner

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte leitet sich aus dem Primäreinkommen ab und steht für die Kaufkraft einer Region

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte errechnet sich aus dem Primäreinkommen durch Abzug der von den privaten Haushalten aufzubringenden direkten Steuern, Sozialbeiträgen und sonstigen laufenden Transfers sowie durch Hinzufügen der von ihnen empfangenen Sozialleistungen und übrigen laufenden Transfers. Das Verfügbare Einkommen stellt damit dasjenige Einkommen dar, das den privaten Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur freien Verfügung steht, es wird auch als Kaufkraft einer Region angesehen.

Reihenfolge der Städte beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner ist wegen regionaler Unterschiede bei empfangenen Sozialtransfers teilweise anders als beim Primäreinkommen je Einwohner

Trotz des engen Zusammenhangs der beiden Einkommensgrößen und der klar definierten Unterschiede bringt der Übergang vom Primäreinkommen zum Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte Veränderungen in der Reihenfolge der Städte und der Regionen mit sich. Sie ergeben sich vor allem aufgrund von Unterschieden in der sozialen Struktur der jeweiligen Bevölkerung. Insbesondere hat sich, wie Abbildung 1 zeigt, beim Verfügbaren Einkommen je Einwohner die Stadt Hamburg 2008 an die Spitze aller Großstädte gesetzt, was mit – im Vergleich zu München, Düsseldorf und Stuttgart – höheren empfangenen Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zusammenhängt. Hinter Hamburg folgen die Stadt München sowie – nahezu gleichauf – die beiden Städte Stuttgart und Düsseldorf. Relativ abgeschlagen an letzter Stelle unter den fünf Großstädten blieb 2008 Frankfurt am Main; die hessische Metropole musste sogar mit einem geringeren Pro-Kopf-Einkommen Vorlieb nehmen als der Durchschnitt der Region, und zwar beim Verfügbaren Einkommen sehr viel deutlicher als beim Primäreinkommen.

290

Stuttgart liegt unter den Städten und den Regionen an dritter Stelle

Wie schon beim Primäreinkommen, so belegen auch beim Verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner die Regionen München, Hamburg und Stuttgart die drei ersten Plätzen, danach kommt nunmehr die Region Düsseldorf vor der Region Frankfurt.

Entwicklung

Anstieg des Verfügbaren Einkommens je Einwohner am stärksten in Hamburg, in den vier anderen Städten im nationalen Durchschnitt

Die Großstadt mit dem 2008 höchsten Verfügbaren Einkommen je Einwohner, nämlich Hamburg, konnte mit + 38,6 Prozent auch die bei weitem kräftigste Ausweitung ihrer Kaufkraft seit 1996 verzeichnen (vgl. Abbildung 5). Alle anderen hier untersuchten Städte blieben mit ihren Einkommenszuwächsen nahe beim bundesdeutschen Durchschnitt von + 29,1 Prozent, nämlich Frankfurt am Main mit + 31,6 Prozent, Stuttgart mit + 30,3 Prozent und München mit + 29,4 Prozent leicht darüber und Düsseldorf mit + 25,7 Prozent bereits darunter.

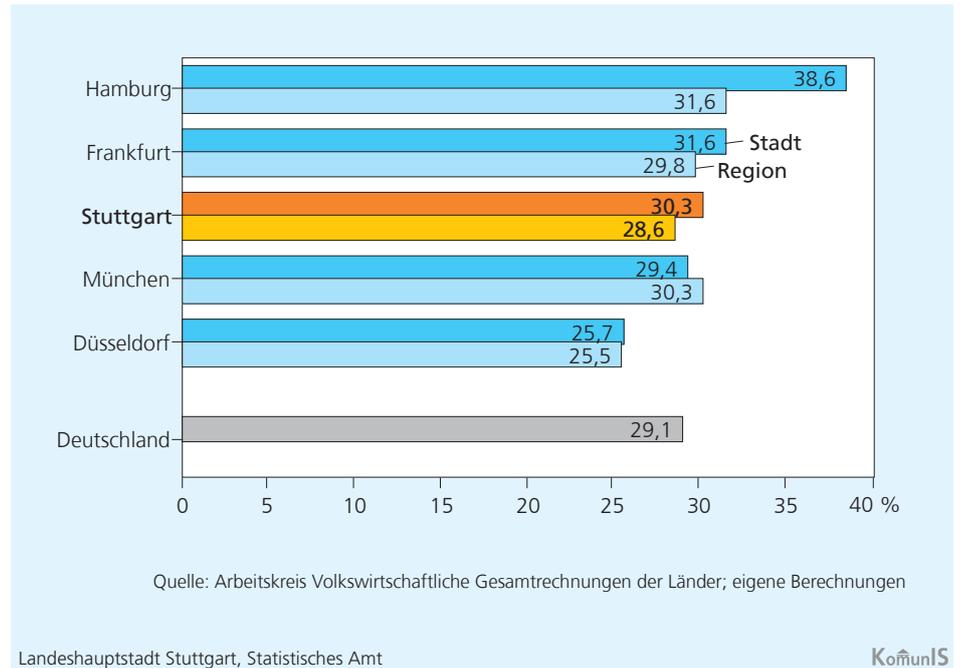
Wachstumsabstand Hamburgs bei den Regionen gegenüber München, Frankfurt und Stuttgart deutlich geringer als bei den Städten

Die deutliche Zunahme des Verfügbaren Einkommens je Einwohner in Hamburg hat auch der gesamten Engeren Metropolregion Hamburg das höchste Wachstum beschert; mit + 31,6 Prozent war der Abstand zu den Regionen München (+ 30,3 %), Frankfurt (+ 29,8 %) und Stuttgart (+ 28,6 %) jedoch nicht sehr ausgeprägt. Der schwächste, ebenso wie bei der Stadt unter dem nationalen Durchschnitt liegende Anstieg ist für die Region Düsseldorf (+ 25,5 %) festzustellen.

Nur in München ist die Zunahme in der Stadt geringer als im Durchschnitt der Region

Während beim Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner die Entwicklung der Städte durchweg besser verlief als die der Regionen, hatte im Falle von München beim Verfügbaren Einkommen – wie schon beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und beim Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer – die Region die Nase vorn.

Abbildung 5: Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte je Einwohner in fünf Großstädten und ihren Regionen 1996 bis 2008



Erstaunlich geringes Entwicklungsgefälle innerhalb der Region Stuttgart

Innerhalb der Region Stuttgart konnten die Einwohner der baden-württembergischen Landeshauptstadt das verfügbare Einkommen am kräftigsten ausweiten. Der Zuwachs von + 30,3 Prozent war jedoch nur leicht höher als in den Landkreisen Göppingen mit ebenfalls + 30,3 Prozent und Ludwigsburg mit + 30,2 Prozent sowie im Rems-Murr-Kreis mit + 29,3 Prozent. Etwas geringer ist der Anstieg in den Landkreisen Esslingen und Böblingen mit + 25,9 Prozent beziehungsweise + 25,1 Prozent ausgefallen. Gleichwohl ist auch für die Entwicklung dieser Einkommensgröße ein erstaunlich geringes regionales Gefälle innerhalb der Region Stuttgart festzustellen.

In der Region Hamburg erreichen zwei Landkreise nur etwa halb so hohe Zuwachsraten wie die Stadt Hamburg

Auch bei der Region Hamburg hat das verfügbare Einkommen je Einwohner in der Kernstadt die stärkste Ausweitung erfahren, mit + 38,6 Prozent war der Abstand zum bestplatzierten Landkreis, nämlich dem Kreis Harburg mit + 28,3 Prozent, bereits sehr deutlich. Die beiden letztplatzierten Landkreise (Segeberg und Pinneberg) konnten dagegen mit + 17,4 Prozent beziehungsweise + 19,6 Prozent nur etwa halb so hohe Einkommenszuwächse erreichen wie die Freie und Hansestadt Hamburg.

Noch stärkere Entwicklungsunterschiede innerhalb der Region Frankfurt

Die Stadt Frankfurt am Main, die unter den hier untersuchten Großstädten mit + 31,6 Prozent noch die zweitkräftigste Einkommenssteigerung erzielen konnte, blieb innerhalb des Regionalverbands FrankfurtRheinMain gleichwohl deutlich hinter der Entwicklung im Hochtaunuskreis zurück, wo mit + 43,1 Prozent der stärkste Zuwachs aller hier untersuchten Kreise gemessen wurde. Nahezu gleichauf mit der Stadt Frankfurt am Main konnte sich der Main-Taunus-Kreis beim verfügbaren Einkommen je Einwohner entwickeln (+ 31,5 %). Deutlich zurückgeblieben sind demgegenüber die Zuwächse im Landkreis Groß-Gerau mit + 21,4 Prozent und vor allem in der Stadt Offenbach am Main, die mit + 15,7 Prozent eine nur halb so günstige Einkommensentwicklung erreicht hat wie die Nachbarstadt Frankfurt am Main.

Steigerungsraten in der Region Düsseldorf ähnlich homogen wie in der Region Stuttgart

Immerhin noch leicht über dem Durchschnitt der Region Düsseldorf/Mittlerer Niederrhein (+ 25,5 %) beliefen sich die Einkommenszuwächse in der Stadt Düsseldorf mit + 25,7 Prozent. Kräftiger waren die Wachstumsraten in den Kreisen Viersen mit + 29,7 Prozent und Rhein-Kreis Neuss mit + 29,5 Prozent. Die schwächsten Steigerungsraten wurden für die Städte Krefeld und Mönchengladbach mit + 20,7 Prozent und + 20,8 Prozent ermittelt. Insgesamt gesehen war damit die Entwicklung innerhalb der Region Düsseldorf fast genau so homogen wie innerhalb der Region Stuttgart.

Landkreis München nimmt signifikant stärker zu als Stadt München

Die bayerische Landeshauptstadt München ist die einzige hier untersuchte Großstadt, in der das verfügbare Einkommen je Einwohner in der Stadt mit + 29,4 Prozent etwas geringer angestiegen ist als in der Region mit + 30,3 Prozent. An der Spitze lagen hier die Landkreise München mit + 38,7 Prozent sowie Landsberg am Lech mit + 37,4 Prozent, am Ende der Skala die Landkreise Fürstentumbruck mit + 24,8 Prozent sowie Freising mit + 25,9 Prozent.

Autor:
Dr. Werner Münzenmaier
Telefon: (0711) 279-3517
E-Mail: werner.muenzenmaier@mfw.bwl.de

-
- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
 - 2 Vgl. Münzenmaier, Werner: Wirtschaftskraft und Einkommen in Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren Regionen im Jahre 2008, in: Statistik und Informationsmanagement, 71. Jahrgang (2012), Monatsheft 6, S. 203-229

Ihre Meinung ist gefragt!



Die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2011 in der Gesamtschau

mit Beiträgen von:

Anke Schöb
Erste Ergebnisse der Stuttgarter Bürgerumfrage 2011

Michael Haußmann
Das kommunalpolitische Interesse der jungen Stuttgarter/-innen ist deutlich gestiegen

Jochen Gieck
Mobil ohne eigenes Auto, Luftqualität und Lärmwahrnehmung

Katharina Weßling
Private Internetnutzung in der Stuttgarter Bevölkerung

Dr. Martin Schairer, Anke Schöb, Thomas Schwarz
Öffentliche Sicherheit in Stuttgart Ergebnisse der Bürgerumfragen von 1999 bis 2011

11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
 70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
 Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Stuttgart in Zahlen

Das Statistische Jahrbuch 2010/2011



Rund

50 000 aktuelle Zahlen

zum
wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Leben in Stuttgart

mit Großstadt- und Regionalvergleich

60. Jahrgang 2010/2011

ISSN 1431-0988

376 Seiten, 118 Grafiken,
309 Tabellen,
2 Übersichtskarten

13 € (zuzüglich Versandkosten)

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Werner Münzenmaier:

Wirtschaftskraft und Einkommen in Stuttgart und anderen Großstädten sowie ihren Regionen im Jahre 2008,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 6/2012, S. 203-229

Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wirtschaftskraft in Stuttgart und anderen größeren Städten 1996 und 2008,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 12/2010, S. 301-309

Ansgar Schmitz-Veltin:

Geburtenüberschüsse in der Innenstadt

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 2/2012, S. 31

Inge Heilweck-Backes:

Lebensstilspezifische Wohnwünsche der Stuttgarter Bevölkerung.

Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart 2008“. ,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 6/2011, S. 184-222

Lebensstil und Lebensqualität

Ergebnisse aus der Befragung „Lebensstile in Stuttgart“,

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 12/2011, S. 428-437